

WILLY BRANDT

»Im Zweifel für die Freiheit«

Reden zur sozialdemokratischen
und deutschen Geschichte

HERAUSGEGEBEN UND EINGELEITET
VON KLAUS SCHÖNHOFEN

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE, BAND 2



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0426-6

© 2012 der deutschsprachigen Ausgabe :

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

© für alle übrigen Sprachen:

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin

Frau Professor Dr. Brigitte Seebacher zustehende Urheberrechte bleiben hiervon unberührt

Lektorat: Dr. Heiner Lindner

Umschlag und Layoutkonzept: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg

Umschlagbild: Barbara Klemm, Frankfurt am Main

Satz: Jens Marquardt, Bonn

Druck und Verarbeitung: fgb – freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG, Freiburg/Br.

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2012

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

INHALT

KLAUS SCHÖNHOVEN	
Einleitung	7
Verzeichnis der Dokumente.....	65
Dokumente	73
Kapitel I	
Vordenker und Vorkämpfer des demokratischen Sozialismus.....	75
Kapitel II	
Wegmarken der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik	169
Kapitel III	
Das andere Deutschland: Exil und Widerstand während der NS-Zeit.....	265
Kapitel IV	
Programm und Perspektiven der Sozialdemokratie nach 1945.....	389
Kapitel V	
Nachdenken über das eigene Land	587
Anhang	
Abkürzungen	832
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Quellen und Literatur	835
Personenregister	840
Zu Autor und Herausgeber	858

Friedenssehnsucht und Friedenspolitik

Rede am 3. November 1981 in Bad Godesberg auf der Festveranstaltung zum 100-jährigen Bestehen des Verlags J.H.W. Dietz Nachf.¹

Für mich ist es eine große Freude, dass ich dem Dietz-Verlag zum 100-jährigen Bestehen meine herzliche Gratulation sagen darf. Und ich nutze gern die Gelegenheit, den Autoren und den Mitarbeitern des Verlages auch im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gute Wünsche zu bringen.

Ich freue mich über die Freunde, die hergekommen sind, die über die Jahrzehnte hinweg schon mit dem Verlag verbunden waren und sind, und nicht zuletzt diejenigen, die, worauf Alfred Nau uns eben hingewiesen hat, unter unendlich schwierigen Bedingungen nach 1945 das Werk neu begonnen haben.²

Erich Ollenhauer hat den Verlagsgründer, Johann Heinrich Wilhelm Dietz, einmal den »Campe der Arbeiterbewegung« genannt.³ Und wenn heute in einer Fachzeitschrift des Buchhandels zu lesen ist, dass der Dietz-Verlag wieder – ich zitiere – einen »führenden Platz unter den Verlagen beansprucht, die im Sinne des demokratischen Sozialismus veröffentlichen«, dann möchte ich das hier aus eigener Kenntnis bestätigen. Wir –

- 1 Ediert wird die gedruckt erschienene Fassung der Rede, in: *Willy Brandt/Günther Christiansen/Iring Fetscher/Horst Heidermann/Heiner Lindner/Alfred Nau*, 100 Jahre Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1881–1981. Vorträge auf der Festveranstaltung zum 100-jährigen Bestehen des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. am 3. November 1981 in Bonn, Bonn 1982, S. 13–23. Diese Druckfassung basiert offenkundig auf einer Aufzeichnung des gesprochenen Textes und ist deswegen an einigen Stellen etwas ausführlicher als das archivalisch überlieferte maschinenschriftliche Manuskript der Rede (WBA, Aktengruppe 3, 859). Auszüge der Rede sind abgedruckt in: *Brandt*, Berliner Ausgabe, Bd. 5, S. 363–372.
- 2 Alfred Nau hatte die Veranstaltung mit einem Grußwort eröffnet, in dem er die anwesenden Mitarbeiter des Verlages »aus den Jahren vor, aber auch aus den schweren Anfangsjahren nach 1945« willkommen hieß. Stellvertretend nannte er Fritz Heine (S. 10 der Veröffentlichung).
- 3 Gemeint ist der Aufklärer Johann Heinrich Campe, der als Sprachforscher, Pädagoge und Verlagsgründer im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert eine breite Wirksamkeit entfaltete.

so meine ich – können uns zu Recht darüber freuen, dass der Dietz-Verlag wieder, wenn nicht schon ein Gebirge, so immerhin ein recht ansehnlicher Berg in der deutschen Verlagslandschaft geworden ist.⁴

Ich weiß ja nicht, ob hier sonst noch richtig gewürdigt werden wird, woher der Buchdrucker Dietz kam, also muss ich wohl selbst darauf aufmerksam machen: Er kam nämlich aus Lübeck. Dass er in Stuttgart einen erfolgreichen Parteiverlag aufbaute, ist weithin bekannt. Das waren noch Zeiten, in denen Lübecker in Schwaben was werden konnten.

Unser Freund Franz Osterroth hat festgehalten: Johann Heinrich Wilhelm Dietz, geb. am 3.10.1843 in Lübeck, Buchdruckerhilfe, leitete von 1871 bis 1874 als Vorsitzender den Lübecker Ortsverein des deutschen Buchdrucker-Verbandes. Auf Wanderschaft arbeitete er längere Zeit in St. Petersburg in Russland, übernahm nach der Heimkehr die Parteidruckerei in Hamburg und schuf, 1878 aus Hamburg ausgewiesen (Beginn des Sozialistengesetzes), in Stuttgart den weltbekannten sozialistischen Verlag J.H.W. Dietz, in dem u.a. die Internationale Bibliothek und die Zeitschriften »Die Neue Zeit«, »Die Gleichheit« und »Der Wahre Jacob« erschienen.⁵

Dass »Dietz« und der »Verlag Neue Gesellschaft« heute nicht von Partei wegen betrieben werden, hat seinen guten Sinn. Ich wünsche den Freunden, die sich um die Verlagsprogramme kümmern – und dabei zu meiner Freude neue politische, literarische und kulturelle Horizonte außerhalb der Aufgaben eines »Parteiverlages« im engeren Sinne entdecken, ohne dabei die »Klassiker« und die alten Protokolle zu vernachlässigen –, jeden möglichen Erfolg.

I.

»Sozialdemokratie ist Frieden«: Diese Formulierung Karl Kautskys fasst lapidar zusammen, wofür die Arbeiterbewegung, wofür die organisierte

4 Zur Nachkriegsentwicklung des Verlages vgl. die Studie von *Horst Heidermann*, Wiederauferstehung und Wiederaufstieg – J.H.W. Dietz von 1945 bis heute, in: *Empor zum Licht! 125 Jahre Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Seine Geschichte und seine Bücher 1881–2006*, Bonn 2006, S. 79–102.

5 Vgl. dazu *Angela Graf*, Johann Heinrich Wilhelm Dietz. Verleger der Sozialdemokraten. Biographische Annäherung an ein politisches Leben. Diss. Humboldt-Universität 1996 (Elektronische Ausgabe: FES Library, 1998); ferner: *Angela Graf*, Wie alles begann. Von der Verlagsgründung bis zum Ende der Weimarer Republik, in *Empor zum Licht* (wie Anm. 4), S. 13–57.

Sozialdemokratie von Anfang an stand.⁶ Bitte – Sie werden nachher merken, dass ich eine kleine Relativierung anzubringen habe, weshalb ich eben auch bewusst gesagt habe: organisierte Sozialdemokratie. Also seit der Zeit, von der an es die Partei gibt oder die geeinte Partei gibt, wenn man zurückgeht ins vorige Jahrhundert, und was sie (die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bewegung, Volkspartei, wie sie sich heute versteht) auch heute als Ziel auf ihre Fahnen heftet: eine Gesellschaft im Innern und eine Völkergemeinschaft in der Welt, die auf Gewalt und Krieg verzichtet und verzichten kann.

Kautskys Satz ist nicht aus dem historischen Zusammenhang gerissen, im Gegenteil, der historische Zusammenhang belegt, dass ich den Verfasser – dem ich durchaus nicht überall folge – richtig deute. Er resümiert den Widerstand der SPD zu Beginn des Jahrhunderts gegen den Militarismus des Kaiserreichs, gegen dessen immer stärkere Beteiligung an der internationalen Politik von Drohgesten und Konflikten, gegen die allgemeine Aufrüstung, vor allem aber gegen die deutschen kolonialen Beutekriege. Und Kautsky bekräftigte diese Haltung der SPD nach einer vernichtenden Wahlniederlage – nach den sogenannten »Hottentotten-Wahlen«, in denen es um das Gebiet ging, das man damals Deutsch-Südwest nannte und das jetzt so mühsam dabei ist, ein selbstständiges Namibia zu werden, bekräftigte diese Haltung nach Wahlen, in denen die Sozialdemokratie eine – für damalige Verhältnisse – beispiellose Diffamierungskampagne wegen ihrer »antinationalen« und »vaterlandslosen« Haltung hatte aushalten müssen.⁷

6 Vgl. dazu *Karl Kautsky*, Der 25. Januar, in: *Die Neue Zeit* 25, 1907, S. 588. In einem von Kautsky verfassten Flugblatt, das die SPD während der Marokkokrise von 1911 publizierte, heißt es: »Die Sozialdemokratie ist die einzige wirkliche Friedenspartei. Die einzige Partei, die nicht nur den Frieden wünscht und den Krieg verabscheut, sondern auch diesem seine Wurzeln abgräbt, den Ursachen entgegenwirkt, die zum Kriege führen.« Abgedruckt in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 4, Berlin 1975, S. 365–361, Zitat S. 361.

7 Die Reichstagswahl vom 7. Januar 1907 wurde von den Zeitgenossen auch als »Hottentotten-Wahl« bezeichnet. Zu dieser Reichstagswahl kam es, weil der Reichstag im Dezember 1906 mehrheitlich einen Nachtragshaushalt zur Weiterführung des Kolonialkrieges in Deutsch-Südwestafrika abgelehnt hatte, in dessen Verlauf es zu einem Völkermord an den aufständigen Hereros durch die deutsche Kolonialmacht gekommen war. Im Wahlkampf wurde die SPD von den Nationalliberalen und Konservativen erbittert bekämpft und verlor fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate. Vgl. zu diesem Kolonialkrieg und seinen innenpolitischen Auswirkungen: *Oliver Sobich*, »Schwarze Bestien«, »rote Gefahr«. Rassismus und Antisozialismus im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 2006.

Sozialdemokratie ist Frieden: Friedenssehnsucht war der SPD, als Partei, war also der organisierten Sozialdemokratie gleichsam in die Wiege gelegt. So wie sie sich niemals für Unterdrückung und Unterjochung hergegeben hat, so wie sie niemals dafür verantwortlich war, dass Knechtschaft über das deutsche Volk kam: so hat sie sich auch nie am Kriegstreiben beteiligt, nie einen Zweifel gelassen, dass ein von Sozialdemokraten geführtes Deutschland keinen Krieg beginnen werde. Nie hat sie mit denen paktiert, die Krieg für ein Mittel der Politik hielten.

So weit, so gut. Und hier mache ich denn auch bewusst eine Pause, weil ich das Klopfen auf die eigene Schulter nie lange vertrage. Nehmen wir einen anderen historischen Bezug.

In einem Gespräch mit Gustav Mayer, dem Geschichtsschreiber der frühen deutschen Sozialdemokratie, erregte sich Jean Jaurès 1907, dass die führenden deutschen Genossen nichts, rein gar nichts von der gerade vorübergezogenen Kriegsgefahr – Marokko – mitbekommen hätten und auf seine Vorhaltungen bestenfalls mit Erstaunen reagierten. Außenpolitik und Militärpolitik, so erzählt Gustav Mayer, und er erzählt es immer und immer wieder, haben für Bebel und die, die nach ihm kamen, einfach nicht existiert. Überzeichnung vielleicht; aber es war sein Eindruck, den er uns weitervermittelte, allen schönen Friedensresolutionen und allen machtvollen Kundgebungen zum Trotz.⁸

Sechzig Jahre später, in einer Rede auf Walther Rathenau, sagte ein späterer Nachfolger Bebels (in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender): Außenpolitik hat etwas mit Macht zu tun. Nicht nur im Sinne herkömmlicher Machtmittel, über die die deutsche Politik nach zwei Kriegen gar nicht verfügte. Unsere Außenpolitik, so sagte ich 1967, »ist darauf angewiesen, Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken. Und das erfordert, wenn es nicht in unverbindlicher Schöngesterei stecken bleiben will: Man kann den Interessen des eigenen Landes umso besser

8 Die erste Marokkokrise entstand 1905/06, als Wilhelm II. im Rahmen seiner kolonialen Expansionspolitik bei einem Besuch in Tanger demonstrativ ein deutsches Mitspracherecht in Nordafrika forderte. Die Krise beschäftigte 1907 den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart, auf dem Gustav Mayer die beiden Parteiführer Bebel und Jaurès kennenlernte. In seinen Memoiren berichtet Mayer, Jaurès sei über den »beinahe leichtfertigen Optimismus« Bebels »wahrhaft erschreckt« gewesen. Bebel habe nämlich »dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei fast allen Reichstagswahlen einen kriegsverhindernden Einfluss zugesprochen«. Vgl. *Gustav Mayer, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*, Zürich-Wien 1949, S. 176 ff., Zitat S. 180. Zum Verhältnis von Bebel und Jaurès vgl. auch die Dokumente 7 und 8 in dieser Edition.

gerecht werden, je genauer man die Interessen anderer versteht, um dann die Punkte gemeinsamer Interessen zu finden. Eine solche Politik bedarf fester Grundsätze, einer zuweilen brutalen Aufrichtigkeit, der gleichen Sprache gegenüber allen Partnern und des Mutes zur Unpopularität im Innern.«⁹

II.

Das waren ein paar weit auseinanderliegende Beispiele zum Kapitel: Sozialdemokratie und Frieden. Im Blickwinkel der Parteigeschichte kommt es immer noch besser weg als in dem der deutschen Geschichte.

Sie, die deutsche Sozialdemokratie, ist 1914 von der Walze der Kriegspropaganda überrollt worden und musste 1933, in viel demütigender Weise noch, das Feld für viel schlimmere Kriegstreiberei räumen. Jahrelang hatte man, hatten wir prophezeit: Hitler bedeutet Krieg. Auch das war vergebens, wie die markigen Reden vor dem ersten Krieg vergebens waren und wie alles vergebens ist, was sich in Wortspielerei und Schöngeisterei erschöpft und nicht dahin vorstößt, wo die Sachen anfangen, sich hart im Raum zu stoßen.¹⁰

Gilt das auch, so will ich fragen, für die deutsche Bewegung für den Frieden, von der ja manche meinen, sie störe eine Friedenspolitik eher, als dass sie diese befördere? Von dort fragen vor allem viele junge Leute, warum wir denn den Frieden nicht so unvermittelt schaffen können, wie wir für ihn als Ziel eintreten. »Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin«¹¹: eine Parole von magischer Überredungskraft und bedrückender Naivität zugleich. Aber viele stellen wieder die Frage an uns (auch an unsere Geschichte): warum sich denn eine so schöne Wunschvorstellung nicht verwirklichen lässt.

Ist das das alte, sympathische, doch politikfeindliche Übel in neuem Gewand? Ich glaube es eigentlich nicht. Wir haben ja einige Erfahrun-

9 Die Rede Brandts über Rathenau ist als Dokument 39 abgedruckt.

10 Zur ambivalenten Haltung der SPD zur Vaterlandsverteidigung vor dem Ersten Weltkrieg vgl. *Dieter Groh/Peter Brandt*, »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 88 ff., 112 ff. Zu den Warnungen der SPD vor Hitlers Kriegspolitik in den Jahren vor 1933 s. die Literaturangaben in Dokument 13, Anm. 22.

11 Dieser Slogan war Anfang der 1980er Jahre in der Friedensbewegung sehr populär. Er wurde fälschlicherweise Bertold Brecht zugeschrieben, stammt aber von einem amerikanischen Autor, der ihn 1936 geprägt hat.

gen aus nicht lange zurückliegenden Jahren. Erfahrungen – wenn ich von mir selbst sprechen darf – ohne große Rosinen im Kopf, sondern mit kleinen Schritten in der Wirklichkeit. Wir haben dafür viel Zustimmung gefunden. Sogar als wir noch nicht, und erst recht als wir an der Spitze der Bundesregierung standen.

Es gab Zustimmung dafür, die Gefahr der Isolierung abzuwenden. In den östlichen Hauptstädten – wie anderswo – unsere Interessen selbst zu vertreten. Zwischenstaatliche Beziehungen zu normalisieren und auszuloten, was man dabei zugunsten der Menschen erreichen kann. Deutsche Beiträge, eigene deutsche Beiträge zu leisten zum Abbau von Spannungen – und von überflüssigen Rüstungen. Und dies immer in enger Fühlungnahme mit unseren westlichen Partnern und als loyales Mitglied des Atlantischen Bündnisses.

Ich wiederhole: Wir sind durch Demonstrationen nicht davon abgehalten, sondern dazu ermutigt worden. Obwohl wir niemandem das Versprechen geben konnten, die Bundesrepublik aus der militärischen Konfrontation herauszunehmen.

Machen wir uns den geschichtlichen Bezug nicht einfacher, als er ist. Ich erinnere mich sehr gut an die Fragestellung, mit der wir es als deutsche Antinazis in den dreißiger Jahren zu tun hatten. Das ist ja so lange nicht her. Da waren die einen, die sich für noch »linker« hielten als die anderen: Die sagten, da ziehe ein neuer imperialistischer Krieg herauf. Der Hauptfeind stehe im eigenen Land, in jedermanns imperialistischem Staat. Dem der Deutschen, dem der Franzosen, dem der Engländer, usw.

Die anderen sagten: Man muss erst mal sehen, dass Hitler nicht den Krieg gewinnt. Dafür sprachen allgemeine, europäische und nationale Gründe. Aber man konnte auch, wenn einem danach zumute war, Marx und Engels (und erst recht Lassalle) bemühen, denn die hatten bei den militärischen Konflikten ihrer Zeit jeweils die Frage gestellt, welche Seite den historischen Fortschritt repräsentiere. Das hat ja bekanntlich zu einem in der Literatur häufig behandelte Gegensatz von Marx/Engels einerseits und Bebel andererseits zu Beginn des deutsch-französischen Krieges von 1870 geführt. Bebel hat dieses Prinzip dann, wenn ich das so respektlos sagen darf, was Russland anging, erheblich vereinfacht. Gegenüber Hitler konnten wir es gar nicht genug vereinfachen. Die Nazis mussten weg.¹²

12 Zu Bebels Haltung zum deutsch-französischen Krieg vgl. Dokument 6. Seine Haltung zum zaristischen Russland hatte Bebel am drastischsten auf dem Essener Parteitag der

Die sehr komplizierte Entwicklung des Denkens von der Mitte des vorigen Jahrhunderts, von Kriegen, die z.T. noch von nationaler Einheit handelten (dabei denke ich nicht nur an Deutschland, sondern auch Italien), bis hin zu den neuen Fragestellungen, die sich vor dem Ersten Weltkrieg ergaben, zurück zum Differenzieren angesichts der Welt-hauptgefahr – Nazismus – und hin wieder zu einer neuen Fragestellung, die sich aus neuen Waffentechnologien ergibt: Das ist bei weitem nicht hinreichend aufgearbeitet. Kautsky hat noch in seinem letzten Buch, wenn ich es richtig in Erinnerung habe 1938, über Sozialisten und Krieg mehr eine Materialzusammenstellung als eine volle Durchdringung des Themas zustande gebracht. Allerdings eine, die auch heute Beachtung verdient.¹³

Befreiungsbewegungen können ihrer Natur nach kaum pazifistisch sein. So klafft in der Sozialdemokratie schon ganz früh der Widerspruch zwischen dem pazifistischen Endziel, einer waffenlosen Völkergemeinschaft, und einer aktuellen politischen Parteinahme, die zwar nicht nach Krieg ruft, so wie sie's Mitte des vorigen Jahrhunderts noch tat, aber sich vom Widerstand auch mit Waffen nicht distanzieren will.

Die SPD war und ist keine pazifistische Partei. Dennoch haben sich über die Jahrzehnte hinweg Pazifisten in ihr immer zu Hause fühlen können.

Wilhelm Liebknecht 1868 auf dem Nürnberger Arbeitertag: »Einer der Vorredner hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern ...« Das war ein paar Jahre vor dem Krieg von 1870. Der »alte« Liebknecht, er war damals noch gar nicht so alt, aber wir nennen ihn nun halt so der Unterscheidung wegen¹⁴, der »alte« Liebknecht spricht

SPD im September 1907 (Protokoll, S. 255) dokumentiert, als er betonte, wenn es zu einem Krieg mit Russland käme, das er »als Feind aller Kultur und aller Unterdrückten nicht nur im eigenen Lande« bezeichnete, dann sei er »als alter Knabe noch bereit, die Flinte auf den Buckel zu nehmen und in den Krieg gegen Russland zu ziehen« (Das Protokoll des Parteitag ist elektronisch verfügbar in: <http://library.fes.de/parteitage>). Zur Haltung Brandts in der Emigration zum NS-Regime vgl. die Dokumente in Kapitel III dieser Edition.

13 Brandt meint das 1937 erschienene Buch von *Karl Kautsky*, *Sozialisten und Krieg*. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Hussiten bis zum Völkerbund, Prag 1937.

14 Diese Bemerkung bezieht sich auf Wilhelm Liebknecht, dem 1826 geborenen Mitbegründer der SDAP, und auf seinen 1871 geborenen Sohn Karl, der gemeinsam mit

im Folgenden vom zaristischen Russland – ich habe es eben schon bei Bebel anklingen lassen – und von der Notwendigkeit, den Polen ihre Nation zurückzugeben. Und er schließt mit der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung: »Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!«¹⁵

Diese letzte Forderung ruft ein zweites Motiv in Erinnerung. Der Antimilitarismus der alten SPD richtete sich ja vor allem auch gegen die »Stehenden Heere«. Jahrzehntlang drehen sich die Debatten um die Abschaffung des Heeres zugunsten eines Miliz-Systems. Dass freilich die »allgemeine Volksbewaffnung« die Gestalt des militaristischen Rausches von 1914 haben könnte, hat sich nie jemand vorstellen können. Darin liegt auch ein Grund dafür, dass die Sozialdemokratie in jenem Krieg ihrer Aufgabe nicht gerecht werden konnte. Ich bewerte den Herbst 1914 so, zumal für die Kriegskredite nicht einmal demokratische Rechte eingeklagt wurden.¹⁶

III.

Man wird nicht außer Acht lassen dürfen, was jeweils auf dem Spiel steht. Das bedeutet: Im Atomzeitalter darf es unter keinen Umständen zum militärischen Konflikt zwischen den großen Mächten kommen. Es gäbe für unendlich viele Menschen keine Rettung.

Zu dem Krieg, vor dem so viele Menschen Angst haben, brauchen nicht so viele hinzugehen, und er wird doch alle ereilen. Dies ist es ja, was die Angst in Deutschland stärker macht als anderswo: dass das eige-

Rosa Luxemburg im Ersten Weltkrieg an der Spitze der Kriegsgegner stand, 1916 aus der SPD ausgeschlossen wurde und Ende 1918 zu den Mitbegründern der KPD gehörte.

15 Brandt zitiert hier eine Passage aus der Rede, die Wilhelm Liebknecht am 7. September 1868 auf dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine hielt. Der Vereinstag beschloss eine von Liebknecht eingebrachte Resolution, dass man »mit allen Mitteln auf die Beseitigung der stehenden Heere und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hinwirken« werde. Vgl. dazu den Bericht über den 5. Vereinstag, abgedruckt in: *Dieter Dowe* (Hrsg.), *Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage der deutschen Arbeiterbewegung 1863 bis 1869*. Nachdrucke, Berlin 1980, S. 170 ff., Zitat S. 180; ferner: *Ute Frevert*, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*, München 2001, S. 185 ff.

16 Zu den Motiven der SPD, den Kriegskrediten im August 1914 zuzustimmen, und zur sich ab Herbst 1914 anbahnenden Parteisplaltung vgl. *Miller*, *Burgfrieden*, S. 31 ff. und S. 75 ff.

ne Volk ausgelöscht sein könnte, ohne dass es sich selbst hätte auch nur aufbäumen können.

Ich kann dies nicht als gefährlichen Unsinn beiseiteschieben. Ich kann auch niemandem garantieren, Atomwaffen seien nur dazu da, nicht eingesetzt zu werden. Ich identifiziere mich mit denen, die ein Gefühl existenzieller Bedrohung haben: *Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.*

Das Gefühl existenzieller Bedrohung wächst, seit die Waffentechnologie sich so rasant entwickelt, dass offenbar auf beiden Seiten überlegt wird, ob sich nicht auch ein Atomkrieg führen lässt. Und natürlich darf man fragen, wieso immer so bleiben muss, was dreißig Jahre so gewesen ist.

Der Gegensatz zwischen Friedenssehnsucht und Friedenspolitik – und darüber sollte ich eigentlich reden und rede nicht so sehr viel darüber – ist etwas künstlich; manchmal wird er auch arrogant formuliert. Die eigentliche Frage ist, wie in früheren Zeiten, aber heute mit unendlich viel mehr Brisanz: *Welche Friedenspolitik wollen wir?*

Man redet sich bei uns seit einiger Zeit die Köpfe heiß, ob wir unsere Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss aufrechterhalten oder zurücknehmen – jetzt wäge ich jedes Wort, und der Satz hat nur vier Wörter: Diese Debatte ist überholt. Sie entspricht nicht mehr dem, womit wir es in der Wirklichkeit zu tun haben. Ende dieses Monats, am 30. November 1981, fast zwei Jahre, nachdem der Brüsseler Beschluss gefasst worden ist, werden sich die Weltmächte in Genf endlich an den Verhandlungstisch setzen; im nächsten Frühjahr kann die Thematik hoffentlich – auf strategische Waffen hin, auf interkontinentale Waffen hin – erweitert werden. Viel Zeit – wer weiß, ob nicht schon zu viel Zeit – ist verloren. Erst weigerte sich die eine Weltmacht, dann wartete die andere ungebührlich lange, ihre Position zu definieren.¹⁷

17 Der von den Außen- und Verteidigungsministern der NATO-Mitgliedsstaaten im Dezember 1979 verabschiedete NATO-Doppelbeschluss forderte von der Sowjetunion den Abzug ihrer atomaren Mittelstreckenraketen aus Europa und kündigte zugleich an, dass bei einem Scheitern der Verhandlungen auch die USA ab Ende 1983 atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren würden. Die im November 1981 in Genf begonnenen Abrüstungsverhandlungen blieben bis Ende 1983 ergebnislos. Ab November 1983 wurden – u.a. auch in der Bundesrepublik – neue Mittelstreckenraketen von den USA stationiert. Dem hatte der Bundestag zuvor zugestimmt. Vgl. dazu *Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011.

Aber jetzt müssen wir alle, wir alle hier in der Bundesrepublik Deutschland, unsere Kraft darauf richten, dass diese Verhandlungen zu etwas führen. Und der NATO-Doppelbeschluss – wie immer man sonst zu ihm gestanden haben mag – bildet nun einmal eine Grundlage der Genfer Gespräche. Man braucht daraus deshalb keinen Bestandteil der »FDGO« [Freiheitlich demokratische Grundordnung] oder des Godesberger Programms zu machen. Die Lage ist zu ernst, und von den Verhandlungen hängt zu viel ab, als dass man sich im Übrigen bei Rechthaberei aufhalten sollte.

Ich plädiere dafür, dass wir in der Bundesrepublik ohne offene oder versteckte Ansprüche auf nukleare Bewaffnung ganz deutlich machen, was wir von den Verhandlungen erwarten. Unser Ziel ist die Null-Lösung im dem Sinne, dass bei uns keine zusätzlichen Mittelstreckenraketen stationiert werden müssen, während die Sowjetunion beseitigt, was sie sich als Vorrüstung anrechnen lassen muss.

Wir wissen um die Schwierigkeiten. Es geht um verschiedene Waffensysteme. Und es geht um die Befriedigung unterschiedlicher Sicherheitsbedürfnisse. Ich verstehe auch, dass die Verantwortlichen in der Sowjetunion die in Aussicht genommene Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen als Bedrohung empfinden. Aber man wird einsehen müssen, dass auch wir uns bedroht fühlen durch das, was sich die sowjetische Seite in diesen Jahren an neuen Potenzialen zugelegt hat.¹⁸ Deshalb erwarten wir Einsicht: in die Tatsache, dass neue Umdrehungen der Rüstungsspirale niemandes Sicherheit erhöhen und dass zusätzliche Bewaffnungen das Klima der Zusammenarbeit in Europa weiter gefährden müssten. Einsicht vor allem, dass es höchste Zeit ist, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit anzuerkennen. *Sicherheit gibt es in den großen Zusammenhängen nicht mehr voreinander, sondern in Wirklichkeit nur noch miteinander.*

18 Die USA entwickelten ab 1976 die Mittelstreckenrakete Pershing II mit einer Reichweite von bis zu 1.800 km. Im Vergleich zu ihrem Vorgängermodell war diese Mittelstreckenrakete technisch völlig neu konzipiert und konnte von Süddeutschland aus in knapp fünf Minuten Ziele im Raum Moskau mit hoher Präzision treffen. Diese Rakete war die militärische Antwort der USA auf die seit der Mitte der 1970er Jahre produzierte sowjetische Rakete SS-20, die der Pershing II an Sprengkraft und Reichweite deutlich überlegen war. Die Stationierung beider Waffensysteme löste in der Bundesrepublik wie in der DDR bei Teilen der Bevölkerung erhebliche Befürchtungen aus. Diese Befürchtungen spiegelten sich auch in dem Begriff einer »deutsch-deutschen Verantwortungsgemeinschaft« angesichts der drohenden atomaren Gefahren wider. Vgl. dazu Dokument 46, Anm. 17.

Wir sollten das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland nicht unterschätzen, wobei ich natürlich weiß, dass es eine Gefahr auch in umgekehrter Richtung geben kann. Wir sind bei weitem keine Weltmacht, und auch im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien sind wir durch Lasten beeinträchtigt, die andere nicht zu tragen haben. So sollte niemand von uns erwarten, dass wir – gar mit einem Zauberschlag – die Welt der Großen ändern könnten. Und genauso illusionär wäre es, der Idee nachzuhängen, die Bundesrepublik oder gar Deutschland als Ganzes könnte aus einem System europäischer Sicherheit – wie immer es konzipiert werden mag – aussteigen. Wir können unsere Bundeswehr nicht einfach nach Hause schicken, unsere Bündnisverpflichtungen aufkündigen und meinen, dann seien die Sicherheitsprobleme gelöst. Als ob uns ein verschlechtertes Klima zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dann nicht mehr zu besorgen brauchte. Und wenn es dann doch zum Krieg käme, würden die großen Raketen über unsere Köpfe hinwegfliegen, und Deutschland bliebe übrig als heiles Lego-Land in einem verwüsteten Universum.

Nein, das, was wir tun können, wird nur möglich sein im Bündnis mit den Vereinigten Staaten und mit den europäischen Partnern. Unser Einfluss gründet sich auf das Vertrauen, das man in uns setzt und das wir in unsere Partner setzen. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht zerstören. Zu oft schon hat man in unserem Land geglaubt, eine Sonderrolle spielen zu können, und dafür einen schrecklichen Preis gezahlt.

Sozialdemokratische Friedenspolitik in Deutschland bedeutet also – wie die Dinge heute liegen – weiterhin Politik im Atlantischen Bündnis, Partnerschaft in der Europäischen Gemeinschaft und zugleich so viel Zusammenarbeit wie irgend möglich mit den Nachbarn in Osteuropa und mit dem anderen deutschen Staat.

Ich plädiere dabei für eine starke Betonung des *politischen* Primats. Wir müssen uns bemühen zu verhindern, dass die Technik die sicherheitspolitische Entwicklung übergebührlich prägt und damit das Gegenteil dessen eintritt, was sonst die Sozialdemokratie kennzeichnete: Dass wir vor lauter Zählerei uns in militärtechnische Details verlieren und darüber womöglich am Frieden nicht hinreichend arbeiten können.¹⁹

Wir wollen uns, denke ich, nicht immer neue Waffen in die Hand drücken lassen und erst in einem zweiten Schritt nachdenken, was sich

19 Zu Brandts Engagement für Abrüstungsmaßnahmen in den frühen 1980er Jahren vgl. die Quellen in *Brandt*, Berliner Ausgabe, Bde. 9 und 10 sowie die Dokumente 32 und 46 in dieser Edition; ferner *Brandt*, Erinnerungen, S. 353 ff.

daraus für politische Folgen ergeben. Sondern man müsste, stärker noch als bisher, überlegen, was politisch sinnvoll ist, und dann entsprechende technologische Entscheidungen treffen. Denn in der modernen Technik liegen auch Chancen. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn man einer Reihe ernst zu nehmender Fachleute glauben darf, so steigen die Chancen, durch intelligente Abwehrsysteme einem konventionellen Übergewicht des möglichen Angreifers erfolgreich entgegenzutreten. Auf diesem Weg – der dann im Prinzip nahe bei dem läge, den Sozialdemokraten vor hundert Jahren empfohlen – sollten wir weiterdenken. Es wäre einiges gewonnen, wenn wir eines Tages auf diese Weise das Problem der taktischen Atomwaffen in Europa überhaupt lösen könnten. Wenn es gelänge, einen guten Teil der Nuklearwaffen in Europa auf andere Weise auch noch überflüssig zu machen, würde dies gerade für unser Land ein Stück zusätzlicher Sicherheit bedeuten können.

Wir dürfen und werden – denke ich – den Richtpunkt Frieden nicht aus den Augen verlieren. Ich bleibe zutiefst überzeugt, dass nur eine große, starke politische Kraft – die auch immer wieder neue Impulse aufnimmt – den Frieden für unser Land zu sichern imstande ist.

Ich möchte, dass wir uns an dieser Aufgabe neu bewähren. Auch in dem, was wir publizieren.

Zur Sache: Deutschland

Rede am 23. Februar 1992 im Staatsschauspielhaus Dresden ¹

I.

Für die Einladung, die mich heute zu Ihnen nach Dresden führt, bin ich dankbar. Auch dafür, dass wir uns im Staatsschauspielhaus treffen.

Gestern Abend wurde hier, so sagt man mir, ein Stück aufgeführt, in dem es um die Unterhöhnung gesellschaftlicher Bindungen geht. Ein Stück, das sich vor drei Jahren kaum auf dem Spielplan befunden hätte.² Aber gutes Theater wurde hier doch gespielt, hier wie anderswo in der DDR – das ist mir wohl bewusst. Das kulturelle Leben, zumal die künstlerische Entfaltung, behauptete sich in diesem Teil Deutschlands auf hohem Niveau. Das wird weiterwirken, und es widerlegt jene versprengten Blindgänger, die meinen, die alten deutschen Länder, die man – historisch wie sprachlich absurd – die neuen nennt, insoweit einer Kultivierung aussetzen zu sollen.

Hier braucht nicht gelernt zu werden, wie man Stücke auf die Bühne und gutes Deutsch zwischen zwei Buchdeckel bringt. Wie Klangkörper von Weltrang bewahrt, große Kunstsammlungen gehütet werden. Es ist ja sonst wahrlich genug zu tun.

1 Abgedruckt wird das maschinenschriftliche Manuskript der Rede, das im WBA, Aktengruppe 3, 1101 überliefert ist. Brandt sprach im Rahmen der 1992 erstmals und seitdem regelmäßig im Staatsschauspielhaus Dresden stattfindenden Veranstaltungsreihe »Dresdner Reden«, die von der Bertelsmann Stiftung an vier Sonntagen jeweils im Februar eines Jahres organisiert wurde. Im Jahr 1992 sprachen an den drei Sonntagen vor dem Vortragstermin von Brandt: Günter Gaus, Christoph Hein und Egon Bahr. Eine Druckfassung der Rede ist erschienen in: *Willy Brandt*, »... was zusammengehört«. Über Deutschland, Bonn 1993, S. 155–169.

2 Am 22. Februar 1992 wurde im Staatsschauspieltheater Dresden das Stück »Hochzeit« von Elias Canetti aufgeführt, das 1931/32 in Wien entstanden war, seine Uraufführung aber erst 1965 in Braunschweig erlebte. Im Stück wird ebenso beklemmend wie komisch die Selbsterstörung einer Gesellschaft gezeigt, der ihre Fundamente abhanden gekommen sind.

Dass die deutsche Vereinigung mit den Ereignissen von 1989/90 nicht erledigt wurde, ist inzwischen vielfältig deutlich geworden. Mein Bundestagskollege Wolfgang Thierse hat gesagt: »Seit dem 9. November 1989 sind wir *auf dem Weg* zur deutschen Einheit.« Auf dem Weg, nicht am Ziel.³

Der Weg ist länger, er ist steiniger und teurer, als es die meisten erwartet hatten. Aber der Umbruch war zwangsläufig, und die Aussicht auf das, was wir miteinander zustande bringen *können*, bleibt ein prickelnder Ansporn. Nicht jeder Generation wird eine solche Chance geboten. So kummervoll viele unter uns von Existenzsorgen geplagt sind, so unbeschwert wird man doch sagen können: Wir haben den Umbruch gewollt, und wir wollen ihn auch über alle Unebenheiten hinweg zum Erfolg bringen. Ich denke, hierüber gibt es weitgehende Einigkeit in der Einheit. Lassen wir uns davon nicht abbringen.

Den Umbruch haben wir gewollt! Dies sage ich auch im Rückblick auf die frühen Berliner Nachkriegsjahre: mit dem Kampf gegen Zwangsvereinigung und Blockade, dann gegen Panzer, Ultimaten und Einmauerung. Jene Deutschlandpolitik, die ich mitzuverantworten habe, hatte ihre diplomatische Seite; zugleich war sie auf Selbstbehauptung gerichtet – menschlich, national, europäisch. Wer die Geschichte erst 1989 oder kurz davor anfangen lässt, kann nicht anders, als gedanklich zu kurz springen.

»Die Sache«, die über uns kam und die wir zu einem Gutteil immer noch vor uns haben, heißt: Zusammenfügen, neu zusammenwachsen lassen, was willkürlich, auch gewaltsam voneinander getrennt worden war. Ich trete keinem der furchtlosen Demonstranten vom Deutschen Herbst 1989 zu nahe, auch keinem Leidtragenden der hinter uns liegenden Jahrzehnte, wenn ich daran erinnere: Die Sache wurde spruchreif, als sich die Welt veränderte – und Deutschland mit ihr.

3 Thierse betonte in der Bundestagsdebatte am 4. Oktober 1990 in einer Rede zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl: »Ich denke [...], dass wir erst am Anfang des deutschen Einigungsprozesses stehen, dass wichtige Probleme auf eine Lösung warten, damit neben die staatliche Einigung die Angleichung der Lebensverhältnisse tritt.« Dem fügte er hinzu: »Wir erleben zur Zeit schmerzlich, dass es bis dahin noch ein langer Weg ist.« Zitiert nach: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, 228. Sitzung vom 4. Oktober 1990, S. 18055–18058, Zitate S. 18057 f. Zu den Einschätzungen von Wolfgang Thierse über die Dauer und die Probleme des Einigungsprozesses vgl. auch seine Aufsatzsammlung *Mit eigener Stimme sprechen*, München-Zürich 1992. Thierse war seit dem 9. Juni 1990 der Vorsitzende der Ost-SPD.

Den Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems hat uns, mit zuverlässiger Terminierung, niemand voraussagen können. Auch nicht, dass uns der Zerfall der östlichen militärischen Machtstrukturen so glimpflich davorkommen lassen würde. Wir sind freilich auch insofern noch nicht am Ende des Weges. Was ins Rutschen gekommen ist, kann weiter abgleiten und außer Kontrolle geraten.

Wer will wissen, wann sich Gewissheit über die östlichen Atomwaffen wiedergewinnen lässt – und welche Wirkungen sich inzwischen bei einigen der nuklearen Schwellenländer ergeben? Andere, global genannte Risiken kommen hinzu – von der Umweltzerstörung bis zum Massen hunger. Die Welt ist noch nicht viel freundlicher geworden.

Dabei hatte ich selbst im Frühjahr 1990 noch nicht damit gerechnet – und dies auch in Dresden gesagt –, dass sich der außenpolitische Rahmen der deutschen Einigung so rasch würde zimmern lassen.⁴ Ein Glück, sage ich nicht nur jetzt. Denn so sehr ich diejenigen verstehe, die den *innerstaatlichen* Vorgang gern weniger hektisch hätten ablaufen sehen (aber zur Kenntnis nehmen mussten, dass die ganz große Mehrheit in der DDR das Tempo bestimmte), so eindeutig lässt sich erkennen, dass die internationalen Bedingungen sich ohne Zeitdruck für Deutschland nicht verbessert, sondern verschlechtert hätten.

Inzwischen hat man fast schon vergessen, mit wie viel Freude wir Beifall spendeten, wenn der Name Gorbatschow fiel. Der hatte es übrigens verdient, denn er ließ uns nicht nur – rascher, als irgendwer noch in jenem Herbst 1989 vermutete – zur »Sache Deutschland« kommen; er sorgte dafür, dass die Dinge auf einem friedlichen Weg geregelt wurden und keiner ernsthaft mehr daran dachte, militärische Mittel einzusetzen. Er scheiterte – aber was heißt hier schon: scheitern? –, weil die Verhältnisse den eigenen Reformprojekten nicht hold waren und diese – zumal auf wirtschaftlichem Gebiet – viel zu kurz griffen. Dass wir ihm applaudierten, wird uns hoffentlich nicht noch mal vorgehalten – er war bekanntlich Kommunist.⁵

4 Brandt bezieht sich hier auf seine Rede im 90. Bergedorfer Gesprächskreis am 29. April 1990 in Dresden, der zu dem Thema »Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa?« eine Tagung abhielt. Die Rede ist überliefert in: WBA, Aktengruppe 3, 1079. Eine PDF-Version ist elektronisch abrufbar unter: <http://www.koerber-stiftung.de>. Zu Brandts großem Engagement während des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses vgl. *Sturm*, Uneinig, S. 195 ff.; *Seebacher*, Brandt, S. 283–346.

5 Nach dem Scheitern des Augustputsches von 1991, der sich gegen ihn gerichtet hatte und der von Jelzin niedergeschlagen worden war, trat Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU zurück, die Jelzin unmittelbar vorher für illegal erklärt hatte. Diese de-

Ich wüsste nicht, wer uns vor zwei Jahren hätte sagen können, wie verändert die Welt heute aussieht (und wie sie sich in absehbarer Zeit weiter verändern wird). Wie immer sich die UdSSR auseinanderentwickeln möge, Russland werde ein großes Land bleiben, sagte ich damals, im April 1990, hier in Dresden.⁶ Wir hier in Deutschland können froh sein, haben auch die Chance, in neue Turbulenzen nicht unmittelbar hineingezogen zu werden. Doch die Hoffnung auf Deutschland in einer heilen Welt mit einem prosperierenden Gesamteuropa – die, sollte es sie gegeben haben, wurde rasch zur Illusion.

Friedrich Schorlemmer, der aller Schönfärberei abholde Wittenberger, hat früh festgehalten: Wenn es uns gelänge, die deutsche Einheit so zu gestalten, dass sie nicht Ursache werde für neue Zwietracht, sondern Ausgangspunkt europäischer Einigung – »dann könnten wir glücklich sein, dass wir Einheit in Freiheit gewinnen«.⁷ In meinen eigenen Dresdner Ausführungen vom April 1990: Befürchtungen, die Deutschen könnten sich zu breit machen, ließen sich am ehesten dämpfen, »wenn wir an unserer Entschlossenheit zur gemeinsamen Arbeit an Europa keinen Zweifel aufkommen lassen«.

Nun hat sich herausgestellt, dass uns *mehr* als zwei Dimensionen europäischer Einigung herausfordern: die der sich weiterentwickelnden EG und jene, die den Kontinent im Ganzen betreffen. Und doch zögere ich nicht, Schorlemmer auch jetzt mit einem klaren Ja zu antworten. Um freilich gleich hinzuzufügen: Wo es um nach vorn weisende europäische Antworten geht – und um die eigenen, nicht zuletzt geistigen Beiträge –, wird uns noch einiges abverlangt werden. Auch an Zumutungen wird es nicht mangeln. Ich denke, wir könnten uns ihnen umso eher gewachsen

mütigende Machtdemonstration Jelzins gegenüber Gorbatschow beschleunigte auch den Auflösungsprozess der Sowjetunion und die Entmachtung des Zentralstaates zugunsten der Teilrepubliken. Am 25. Dezember 1991 folgte schließlich der Rücktritt Gorbatschows als Präsident der Sowjetunion. Vgl. zur Persönlichkeit und Deutschlandpolitik Gorbatschows: *György Dalos*, Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie, München 2011; *Anatolij Tschernjajew/Aleksandr Galkin* (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011.

⁶ Vgl. Anm. 4.

⁷ Der evangelische Theologe und Protagonist der Bürgerrechtsbewegung in der DDR hat diese Forderung 1989/90 immer wieder in den Mittelpunkt seiner Reden und Schriften gestellt. Vgl. *Friedrich Schorlemmer*, Bis alle Mauern fallen. Texte aus einem verschwundenen Land, Berlin 1991; Freiheit als Einsicht. Bausteine für die Einheit, München 1993.

erweisen, je weniger wir dem Irrglauben anhängen, Europas Zukunft hänge nur von uns ab.

Die außenpolitische Absicherung scheint also gelungen. Das lässt sich auch über den staatspolitischen Teil der Einheit sagen. Deren ökonomischer Teil nimmt dem hingegen mehr Zeit in Anspruch. Das Maß an sozialen Belastungen ist wesentlich höher, als uns staatliche Autoritäten und ein nicht immer überzeugendes Expertentum in Aussicht stellten. Jetzt kommt es darauf an, dass schönfärberische Prognosen nicht durch lähmende Resignation abgelöst werden und die Doppelfrage »Wer zahlt und wer gewinnt?« so beantwortet wird, dass daraus nicht lange nachwirkende Zwietracht erwächst.

II.

Lassen Sie mich also zur »Sache Wirtschaft« kommen.

Wem sage ich, dass die Lage unbefriedigend ist! Dass selbst maßvolle Erwartungen nicht erfüllt und ursprünglich vermittelte Zeitvorstellungen nicht bestätigt wurden. Selbst hier in Sachsen, wo die Voraussetzungen günstiger sind als in anderen Teilen der Ex-DDR, geben die Prognosen für die allernächsten Jahre noch keinen Anlass zu ungetrübtem Optimismus.⁸

Wir können davon ausgehen: Die ökonomische und soziale Einheit zu verwirklichen dauert länger (und wird teurer), als weithin vermutet oder in Aussicht gestellt wurde. Christoph Hein ging, als er hier sprach, zutreffend davon aus, dies werde zur »Geschichte einer Generation«.⁹ Dass wir nach wenigen Jahren deutliches Licht im Tunnel sehen werden, steht hierzu nicht im Widerspruch. Vielen wird es helfen, wenn sie regelmäßig und so objektiv wie möglich erfahren, wo und wie es voran-

8 Brandts Skepsis gegen zu optimistische Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland richtete sich auch gegen die Vision und das Versprechen von Bundeskanzler Kohl, der in einer Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 betont hatte: »Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.« Diese Fernsehansprache ist elektronisch abrufbar über: <http://www.kas.de>. Mehrfach sprach der Kanzler auch davon, dies sei in einem Zeitraum von höchstens fünf Jahren möglich. Vgl. auch Dokument 54, Anm. 13.

9 So Hein in seiner Dresdner Rede (vgl. Anm. 1).

geht und wo aus welchen Gründen besondere Schwierigkeiten bestehen bleiben. Und wenn sie sich klarmachen, dass es – bis hierher – auch hätte viel schlimmer kommen können.

Kein Zweifel, wir hätten etwas weiter sein können. Wären wir besser vorbereitet gewesen, wären uns vermeidbare Pannen erspart geblieben. Wären nicht erhebliche Mittel falsch eingesetzt worden. Hätten die Vermögensfragen eine lebensnahe, vernünftige Regelung gefunden, die den Aufschwung weniger blockiert. Hätte man vor allem die Bürger – hüben wie drüben – von Anfang an mehr ins Vertrauen gezogen. Es ist ein schwer ausrottbarer Irrtum, dass es Entmutigung bewirkt, wenn man den Menschen reinen Wein einschenkt.

Größere Beweglichkeit wäre zugunsten von Industriepolitik und Beschäftigung im Allgemeinen – und zur Förderung der der »Treuhand« übertragenen Aufgaben im Besonderen – von Vorteil gewesen.¹⁰ Da ließe sich noch einiges ändern. Nicht zuletzt auch, um der Vermutung entgegenzutreten zu können, die Lasten, die die Allgemeinheit zu tragen hat, würden nicht fair und ausgewogen verteilt.

Knapp anderthalb Jahre nach Vollendung der staatlichen Einheit liegt die wirtschaftliche Angleichung jedenfalls noch eine beträchtliche Wegstrecke vor uns. Wie könnte es angesichts der Aufgaben auch sehr viel anders sein, bin ich fast versucht hinzuzufügen! Dass es einen Königsweg nicht gibt, sollte sich auch bei denen herumgesprochen haben, die ihrer Sache allzu sicher waren. Für den Systemwechsel, der mit der Währungseinheit abrupt begann¹¹, gab es ein historisches Vorbild nicht.

10 Die Treuhandanstalt (kurz »Treuhand«) wurde am 1. März 1990 in der Spätphase der DDR gegründet und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts weitergeführt. Sie hatte die Aufgabe, die Volkseigenen Betriebe der DDR nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft zu privatisieren oder, wenn das nicht möglich war, stillzulegen. Ihre Arbeit bis zu ihrer Auflösung am 31. Dezember 1994 wird in der Forschung kontrovers beurteilt. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft erbrachte, wie anfangs erwartet, keine Gewinne für den Staatsetat, sondern kostete bis 2002 mehr als 100 Milliarden an Steuergeldern. Vgl. dazu *Wolfgang Seibel* (Hrsg.), *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Wiesbaden 2005.

11 Die am 1. Juli 1990 in Kraft getretene Währungsunion war in den ersten Monaten nach dem Mauerfall der von den Bürgern der DDR am häufigsten geforderte Vereinigungsschritt. Denn die damit auch in der DDR eingeführte DM galt als das Symbol für das westdeutsche Wirtschaftswunder und den bundesrepublikanischen Wohlstand. Zu den Modalitäten der Währungsumstellung und ihre Auswirkungen vgl. *Dieter Grosser*, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische*

Ich gehöre zu denen, die meinen, man habe sich zu einseitig und zu kurzfristig auf die Selbstheilungskräfte des Marktes verlassen. Alle Erfahrung, die es doch gibt, zeigt: Damit Marktwirtschaft funktionieren kann, müssen Voraussetzungen geschaffen sein – solche des Wettbewerbs, auch solche der Infrastruktur. Anders wäre auch nach dem Krieg die ökonomische Wiedergeburt im Westen nicht möglich gewesen. Notwendig war und ist eine gesamtwirtschaftliche Strategie mit weitsichtigen Rahmendaten seitens der öffentlichen Hand, also des Gesamtstaats (Gemeinden, Länder und Bund). Zum »Rahmen« zählen das Sozialstaatsprinzip, das Verzahnen von ökonomischen und ökologischen Orientierungen und der Auftrag des Grundgesetzes, für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse Sorge zu tragen.

Dabei darf man natürlich nicht übersehen, dass wir es auch im alten Bundesgebiet mit erheblichen Ungleichgewichten zu tun hatten, zu einem Teil noch haben. Denken wir etwa an das Gefälle zwischen dem Bayerischen Wald und dem Münchner, erst recht dem Stuttgarter Raum, oder zwischen dem Zonenrandgebiet (wie es bei uns hieß) und den Zentren um Frankfurt am Main, Düsseldorf oder Hamburg. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse muss prinzipiell gesichert sein, sie muss wirksam angestrebt werden – mehr ist nicht drin, wie auch das regionale Gefälle diesseits der Elbe deutlich zeigt.

Ich will hinzufügen: Die Integration von Millionen Vertriebener und Flüchtlingen erfolgte im Westen natürlich auch nicht von einem Tag zum anderen. Da waren erhebliche materielle Leistungen zu mobilisieren und auch unterschiedliche Bewusstseinslagen aneinander heranzuführen. Das ist erstaunlich gut gelungen. Ich zweifle nicht daran, dass wir es auch jetzt schaffen werden. Worum sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu kümmern haben, ist das Vermeiden von Fehlern, die den Prozess unnötig in die Länge ziehen.

Aber es lohnt nicht, um den potentiellen Konfliktherd vor uns liegender Jahre herumzureden, der da heißt: Wie sollen die Mittel aufgebracht werden, die für geraume Zeit zu transferieren sind? Beginnt man sich im Westen einzugestehen, dass dies ohne Begrenzung eigener Zuwächse nicht möglich sein wird? Oder glaubt man, der deutsche (und europäische) Westen sei reicher als er ist?

Eine gespaltene Wirtschaft in dem einen deutschen Bundesstaat würde nicht funktionieren; dadurch würde auch die relativ reiche Hälfte

Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998. Vgl. auch Dokument 53, Anm. 2.

in Mitleidenschaft gezogen. Es kommt also darauf an, durch zielbewusstes, beharrliches Wirken dafür zu sorgen, dass diesem Teil Deutschlands – wobei ich gern wiederhole: Sachsen hat günstigere Startchancen als andere – bei entscheidender Eigenanstrengung eine bodenständige, moderne, tragfähige Wirtschaftsbasis gesichert wird. Dies nützt über den Tag hinaus auch der Wirtschaft im deutschen Westen, die in den letzten beiden Jahren von der Markterweiterung nicht wenig profitierte.

Anhaltend dynamischer Aufschwung wird nur möglich sein, wenn die neuen Länder mit ihren wirtschaftlichen Potenzialen in die Lage versetzt werden, den Erneuerungs- und Aufbauprozess selbst zu gestalten. Dies hängt wiederum nicht nur mit dem zügigen Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung zusammen, sondern – noch wichtiger – mit einer angemessenen finanziellen Ausstattung. Ich verstehe gut, wenn erwartet wird, dass Regelungen, die die Finanzen der neuen Länder betreffen, aus dem Alltagshickhack herausgenommen werden. Anders ist Planungssicherheit nicht zu gewährleisten; und ein Ausspielen der neuen gegen die alten Länder (und umgekehrt) würde zu nichts Gutem führen. Wir brauchen miteinander die Einsicht, dass die Finanzen der neuen eben auch die der alten Länder – und des Bundes in dessen weiterer Bedeutung – sind.

Der Osten der vereinten, damit vergrößerten Bundesrepublik Deutschland braucht – über Zuschüsse und Präferenzen hinaus – ein industriepolitisches Konzept, das klare Perspektiven aufzeigt für wichtige Standorte und strukturbestimmende Unternehmen. Notwendig ist eine Industriepolitik, die Sachkapital nutzt, den Menschen eigene Qualifikationen nicht verkümmern lässt und bei Investitionsvorhaben die Bedeutung der Dienstleistungsgewerbe in Rechnung stellt. Nur so lassen sich Arbeitsplätze neu schaffen und absichern, realistische Hoffnungen wecken, besonders gravierende Folgen des wirtschaftlichen Umbruchs abfedern.

Zu neuen Ufern vorzustoßen, ist es dann nicht zu spät, wenn Bund und Länder, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften – natürlich auch die Treuhänder – und wissenschaftlicher Sachverstand viel enger als bisher für den Neuaufbau dieser Industrielandschaft Ostdeutschland zusammenarbeiten. Und das heißt: für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft insgesamt.

Wie kürzlich an der Heidelberger Universität sage ich hier in Dresden¹²: Wir brauchen dringend eine solide Allianz von Wirtschaft (mit

12 Brandts Heidelberger Dankesrede anlässlich der Verleihung des Dolf-Sternberger-Preises ist als Dokument 54 abgedruckt.

Einschluss der Gewerkschaften), Wissenschaft und Politik. Wir brauchen sie nicht allein, was für sich wichtig genug ist, um der inneren Einheit noch in diesem Jahrzehnt ganz nahezukommen und auf dem Wege dorthin nicht unnötig industrielles Brachland entstehen zu lassen, sondern auch, um unter sich rasch verändernden Bedingungen die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands so gut wie möglich zu sichern.

Ich habe die Konzertierte Aktion seligen Angedenkens in Bonn miterlebt.¹³ Nicht auf den Namen kommt es an, sondern auf die Sache. Und die heißt: durch ein modernes »gremiales« Instrumentarium wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Ein erheblicher Finanztransfer von West nach Ost ist für den Rest dieses Jahrzehnts in Rechnung zu stellen. Der Bund muss sich – heißt in diesem Fall: wir im Westen müssen uns – bemühen, diesen Bedarf durch Einsparungen zu decken; zusätzliche hohe Verschuldung kann gefährlich werden, und die Steuerschraube ist auch nicht beliebig anzuziehen. Es zeigt sich immer mehr, dass es ein großes Versäumnis war, nach dem großen Umbruch auf den großen Appell zur Solidarität verzichtet zu haben.¹⁴ Die Bereitschaft der Menschen in den alten Bundesländern war damals nicht gering, sicher größer als heute, wenngleich auch jetzt die Mitbürger im Westen wissen, dass noch einiges auf sie zukommt. Dass sie darüber in Jubel verfallen, darf man nicht erwarten.

Mir ist bewusst, dass die Übergangszeit manche Bitterkeit auslösen muss unter Menschen, denen oder deren Eltern und Großeltern der größere Teil der deutschen Nachkriegslast aufgebürdet wurde. Zur zentralen innenpolitischen Aufgabe gehört es, die Einheit möglichst gerecht zu gestalten. Und dies ist dann auch eine Frage der Lastenverteilung zwischen Starken und Schwächeren – in beiden Teilen Deutschlands.

Der Weg, der im Übrigen von unserer Verfassung vorgegeben ist, sollte – auch in Respekt vor den Älteren und auch wegen der Wirkung in kommende Generationen hinein – so erträglich wie möglich gestaltet

13 Diese Bemerkung bezieht sich auf den korporatistischen Abstimmungsprozess zwischen Bundesregierung, Gebietskörperschaften, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesbank, der in der Ära der Großen Koalition 1967 institutionalisiert wurde. Ziel war es, gleichzeitig einen hohen Beschäftigungsstand, Preisstabilität und ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Vgl. dazu *Schönhoven*, *Wendejahre*, S. 130 ff.

14 Diese Kritik richtet sich gegen Bundeskanzler Kohl, der 1989 keine »Blut-, Schweiß- und Tränenrede« wie der britische Premierminister Churchill im Mai 1940 im britischen Parlament gehalten hatte, sondern vielmehr in seiner Fernsehansprache am 1. Juli 1990 (vgl. Anm. 8) versprochen hatte, keinem werde es schlechter gehen.

werden. Dies setzt voraus, dass der Westen Deutschlands seine Verantwortung weiter trägt und der Osten die Kraft aufbringt, sich durch Hindernisse nicht entmutigen zu lassen. Das sollten wir uns vornehmen und nirgends Zweifel an dem Willen aufkommen lassen, es gemeinsam zu schaffen. Wenn die Wirtschaft einmal läuft, wird (fast) alles andere leichter.

III.

Ein lateinamerikanischer Schriftsteller meinte, dem Geheimnis der Wahrheit auf der Spur zu sein, als er konstatierte: »Es gibt keine Tatsachen, es gibt nur Geschichten.«¹⁵ Da wäre ich nicht so sicher, aber gewiss gibt es keinen Zweifel daran, dass aus der Stasi-Kiste und anderen, nicht weniger unappetitlichen Behältnissen Tatsachen kaum, wohl aber noch mancherlei »Geschichten« zu erwarten sind. Und zwar auf eine Weise, dass der innere Friede auf Jahre belastet wird. Dass *muß* nicht sein, und ich fordere dazu auf, dass wir das abwehren helfen.

Nun haben die Auseinandersetzungen über die DDR-Vergangenheit begonnen, kaum dass wir von Vergangenheit sprechen mögen. Das wird einige Zeit in Anspruch nehmen – solange wie einschlägige Medien meinen, Echo zu finden und mithilfe einstiger »Übeltäter« ihr Geschäft zu machen. Ich will und werde mich nicht damit abfinden, dass unsere schwer genug errungene Demokratie zum Spielball unverantwortlicher Elemente wird und Stasi-Leute, zu Wahrheitszeugen hochstilisiert, zu Profiteuren ihrer Verdächtigungen werden.¹⁶

Wichtiger als manches andere ist jetzt, dass wir uns nicht zu Gefangenen der Vergangenheit machen lassen, sondern den Blick freibehalten für die großen Aufgaben, die vor uns liegen. Wichtig ist auch, dass jenen in Westdeutschland widersprochen wird, die sich zu Moralrichtern aufwerfen möchten über Landsleute, die unter der SED-Herrschaft zurecht kommen mussten. Takt ist insoweit ebenso anzumahnen wie ein wenig Nachdenken darüber, wie man sich wohl selbst zurechtgefunden hätte.

15 Die Position, dass auch Tatsachenbehauptungen nur subjektive Sichtweisen widerspiegeln, vertritt der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa immer wieder in seinem literarischen Werk.

16 Brandt meint hier das selbstbewusste Auftreten von ehemaligen haupt- und nebenamtlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR nach 1989 in Gerichtsprozessen oder ihre Meinungsäußerungen in Interviews. Vgl. hierzu auch die Angaben in Dokument 54, Anm. 14.

Mein besonderer Respekt galt und gilt jenen Personen und jenen Gruppen, die den Mut zum friedlichen, gleichwohl gefährvollen Widerstand aufbrachten. Dies mindert nicht das Verständnis für die vielen, die aus ihren Nischen das Bestmögliche für sich und ihre Familien zu machen versuchten. Ich hüte mich auch, den Stab über Landsleute zu brechen, die in die Maschen des Unrechtsregimes verstrickt wurden und es nun nicht leicht haben, Vergangenes auf anständige Weise hinter sich zu bringen.

Für ganz und gar unmöglich halte ich es, jetzt über jene Personen aus dem kirchlichen Bereich – wie Manfred Stolpe, den Ministerpräsidenten von Brandenburg – herzufallen, die viel Mühe darauf verwandten, mitmenschliche Hilfe zu leisten und einen wesentlichen Beitrag dazu beisteuerten, dass die voneinander getrennten Teile unseres Volkes nicht noch weiter auseinanderdrifteten.¹⁷ Bis hin zu den Tagen, in denen sich die Opposition unter schützenden Kirchendächern massenhaft zusammenfand.

Ich weiß etwas von der Gratwanderung verantwortungsbewusster Menschen in Diktaturen. Und es würde mich sehr wundern, wenn so rasch in Vergessenheit geriete, was es bedeutete, sich in unsäglicher Kleinarbeit darum zu bemühen, dass in Bedrängnis Geratene Rat und Hilfe erfahren konnten. Nur Weltfremdheit kann vermuten lassen, dass dies ohne Kontakte mit Repräsentanten des Unrechtsregimes möglich gewesen wäre.

Erinnern wir uns: Sie, wie wir im Westen, hatten mit einer nicht kurzen, sondern langen Perspektive der Zweistaatlichkeit zu rechnen. Deshalb bemühten wir uns – das war meine Politik in Berlin und Bonn und die meiner Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers –, mindestens menschliche Erleichterungen zu bewirken und durch, wenn auch noch so begrenzte, Reisemöglichkeiten dafür zu sorgen, dass der Graben zwischen Deutschland und Deutschland nicht noch immer tiefer würde. Das steckte hinter dem Berliner Passierscheinabkommen vom Dezember 1963, dem Grundlagenvertrag des Jahres 1972, zahlreichen anderen

17 Während seiner Tätigkeit in der Leitung der Evangelischen Kirche in der DDR unterhielt Manfred Stolpe bis zum Herbst 1989 regelmäßige Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit. Nach seinen eigenen Aussagen dienten diese Beziehungen zur Staatssicherheit dazu, um die Interessen der Kirche zu wahren und für verfolgte Gläubige einzutreten. Dies haben seine Kritiker in ihren Stellungnahmen zu Stolpes DDR-Vergangenheit immer wieder infrage gestellt und behauptet, er habe mit dem Ministerium zusammengearbeitet. Vgl. dazu *Clemens Vollnhals* (Hrsg.), *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz*. 2. Aufl., Berlin 1997.

Elementen einer Deutschlandpolitik, die auch ihre Unzulänglichkeiten haben musste, da sich das Gewicht der Besatzungsmacht nun einmal kaum überspielen ließ.

Muss ich noch einmal daran erinnern, dass wir nicht nur diplomatisiert, sondern, wo es darauf ankam, uns unserer Haut gewehrt haben. Oder soll ich mich gar noch dafür rechtfertigen müssen, dass man mir eine Stasi-Laus in den Kanzlerpelz setzte!¹⁸

Ich bitte darum, wenn wir ehrlich mit der Vergangenheit umgehen wollen, dass wir gerade die internationalen Zusammenhänge nicht aus dem Auge verlieren. Unsere Bemühungen waren eingebettet in eine westliche Entspannungspolitik, die auf Sicherung des Friedens abzielte und dem Ringen um Menschenrechte einen gesamteuropäischen Bezugspunkt schaffen sollte. Das war der Sinn der Schlussakte von Helsinki, Sommer 1975, und es darf inzwischen als quasi gerichtsnotorisch gelten, dass davon Wirkungen ausgegangen sind. Oder wollte jemand widersprechen und behaupten, dies habe nicht auch zur Überwindung der kommunistischen Regime beigetragen!¹⁹

Seit Beginn des Umbruchs versuche ich, uns vor Pharisäertum und Denunziantenwesen zu bewahren. Ein vergeblicher Versuch? Das will ich nicht glauben. Sondern ich setze weiter darauf, dass wir über den bitteren Erfahrungen aus *beiden* Diktaturen den Sinn von Demokratie nicht vergessen. Wir können uns doch nicht damit abfinden, zum Objekt von Leuten zu werden, die mit (dubiosen) Akten handeln – wobei immer wieder darauf hingewiesen werden muss, dass Papier allein keinen Beweis führen kann – und sich als Wahrheitszeugen andienen, die sie nicht sind.²⁰

Damit wir uns richtig verstehen: Wer zurechenbares Unrecht begangen hat, muss dafür geradestehen. Er wird geltend machen können, auf welche Weise er in welche Verstrickung geriet. Er muss sich jetzt in einem Rechtsstaat verantworten, der keine wie auch immer vom Recht

18 Diese Bemerkung bezieht sich auf die »Guillaume-Affäre«, die im Mai 1974 den Rücktritt Brandts als Bundeskanzler auslöste. Brandts Sicht der Hintergründe und Folgen dieses Spionagefalls sind in einer Neuauflage seiner Memoiren breiter dargestellt: *Willy Brandt, Erinnerungen*. Mit den »Notizen zum Fall G«, Frankfurt am Main/Berlin 1994; vgl. dazu auch *Seebacher, Brandt*, S. 260 ff.; *Merseburger, Brandt*, S. 657 ff.

19 Vgl. zu den Abrüstungsverhandlungen in den 1970er Jahren und zu den Ergebnissen der Konferenz von Helsinki: *Wilfried Loth, Helsinki*, 1. August 1975. *Entspannung und Abrüstung*, München 1998; *Stöver, Kalter Krieg*, S. 381 ff.

20 Vgl. dazu Dokument 54, Anm. 14.

abgehobene Legitimität zu beanspruchen hat. Ich beneide nicht die Justiz und hielte es für fatal, wenn sie sich – unbenommen ihrer eigenen unabhängigen Prüfung des Einzelfalls –, was die Wertung der nationalpolitischen Zusammenhänge angeht, alleingelassen fühlte. Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit Vorgesetzten einerseits, Untergebenen andererseits.

Für den deutschen Neubeginn wäre es unnötig belastend, würde ein Aufarbeiten der Vergangenheit in dem Sinne betrieben, dass der – rechtlich, politisch oder moralisch – zur Verantwortung Gezogene sich wie zwischen zwei Spiegeln befindlich fühlt (um ein Bild des tschechoslowakischen Schriftstellers und Botschafters Jiří Gruša zu gebrauchen). Er, der mit der Verantwortung Konfrontierte, meint, wenn er in den Spiegel vor sich schaut, er blicke in die neue Richtung, und doch ist es in Wirklichkeit die alte.²¹

Solche Erwägungen haben mit Verdecken oder voreiligem Vergessen nichts zu tun. Dass allein mit den Mitteln des Rechtsstaats die Vergangenheit nicht aufgearbeitet werden kann, sollte uns bewusst sein. In anderen Ländern sind dafür die Historiker da. Sorgfältig vorbereitete Foren und klärende Gespräche können zusätzlich helfen. Was wir aber vor allem brauchen, ist die Kraft zur Differenzierung – aus ihr kann Konsens erwachsen.

A house divided against itself cannot stand – das sagte Abraham Lincoln den Amerikanern nach dem Bürgerkrieg.²² Das sollten auch wir uns durch den Kopf gehen lassen – und im deutschen Westen nicht vergessen, dass wir ohne ein erhebliches Maß an innerer Aussöhnung über die Jahre 1933–45 nicht hinweggekommen wären.

21 Der Schriftsteller und Diplomat Jiří Gruša war von 1991 bis 1997 tschechischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Brandt zitiert seine Äußerung, dass die Verarbeitung der nationalsozialistischen und der kommunistischen Vergangenheit bedeute, zwischen zwei Spiegeln zu stehen, die den Schauenden samt seinen Hintergrund ins Unendliche vervielfältigen würden.

22 Brandt zitiert hier aus einer Rede Lincolns, die dieser 1858 hielt, als er als republikanischer Kandidat für die Wahl des US-Senators für Illinois nominiert werden wollte und scheiterte. In dieser Rede warnte der spätere amerikanische Präsident davor, dass eine Nation nicht halb als Sklave und halb frei überleben könne. Lincoln, der 1860 zum amerikanischen Präsidenten gewählt wurde, führte die Nordstaaten zwischen 1861 und 1865 zum Sieg im amerikanischen Bürgerkrieg, der mit der Abschaffung der Sklaverei in den USA endete. Im April 1865, kurz nach dem Beginn seiner zweiten Präsidentschaft, wurde er ermordet.

IV.

Wir reden – verständlicherweise – viel über Ökonomie. Doch manchmal habe ich den Eindruck, die *immateriellen* Folgen der Spaltung und die Nachwirkungen des SED-Regimes könnten die Kräfte des Neuaufbaus viel stärker binden, als dies zu verantworten ist. Das Zusammenwachsen ist ein widerspruchsvoller Prozess. Auch deshalb ist es wichtig, nicht zuzulassen, dass gravierendes Unrecht unter den Teppich gekehrt wird, aber auch nicht hinzunehmen, wenn dem vergangenen System durch grassierende Verdächtigung und Vergiftung nachträgliche Triumphe beschwert werden.

Ich möchte mich ganz besonders an die aus mancherlei Gründen enttäuschten Intellektuellen wenden. Ich möchte sie bitten: Werten Sie die jüngste Vergangenheit nicht allein unter dem Gesichtspunkt enttäuschter Hoffnungen, vermeintlich verpasster Gelegenheiten oder Unzulänglichkeiten der Parteiendemokratie.

Ich weiß natürlich, dass im Herbst 1989 einige anstelle der vergrößerten BRD lieber eine gründlich reformierte DDR gesehen hätten.²³ Mir fehlt es auch sonst nicht an Verständnis für Wunschvorstellungen dieser oder jener Art, ohne sie mir dabei selbst zu eigen zu machen. Und doch erinnere ich an die angelsächsische Lebensweisheit, dass man den Kuchen nicht gleichzeitig aufessen und behalten kann.

Das Tempo der Vereinigung wurde elementar und millionenfach »von unten« bestimmt. Der Vorteil westlicher Demokratie ist ja aber,

23 Am 26. November 1989 hatten 31 Intellektuelle aus verschiedenen weltanschaulichen Richtungen in der DDR einen Aufruf unter dem Titel »Für unser Land« veröffentlicht, in dem es hieß: »Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird. Lasst uns den ersten Weg gehen.« (<http://www.ddr89.de>). Zu den Autoren und Erstunterzeichnern gehörten Stefan Heym, Friedrich Schorlemmer, Christa Wolf und Konrad Weiß. Vgl. zum Verlauf der Debatten in der DDR *Wolfgang Jäger/Ingeborg Villinger* (Hrsg.), *Die Intellektuellen und die deutsche Einheit*, Freiburg im Breisgau 1997, S. 29 ff., S. 179 ff.; *Ilko-Sascha Kowalczyk*, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 446 ff.

dass nicht nur einmal gewählt und korrekt ausgezählt wird, sondern dass man sich darauf verlassen kann: Es wird wieder gewählt und korrekt ausgezählt werden.

Was die Unzulänglichkeiten der Parteiendemokratie angeht, so pflichte ich Kurt Biedenkopf, dem Ministerpräsidenten dieses Landes, bei, der zeitgleich mit dem Umbruch »Zeitsignale« gab, wobei er deutlich machte, dass Demokratie *ohne* Parteien nicht möglich ist. Er stimmte den Parteienkritikern zu, dass das Ringen um den politischen Weg nicht allein Sache von Parteien sein sollte.²⁴ Vor allem jedoch müssen wir darüber hinwegkommen, dass der Parteien-Begriff in unserem Empfinden durch das belastet bleibt, was ihm in der DDR anhaftete.

Auch das Bild von der angeblichen neuen Mauer – in den Köpfen – sollte meines Erachtens nicht strapaziert werden. Ich höre zu meiner Freude, dass davon bei den Winterspielen in Albertville schon kaum noch etwas zu spüren war.²⁵ Gewiss wirken unterschiedliche Erfahrungen noch eine ganze Weile nach, aber die simple Aufteilung in »hier Wessis, dort Ossis« wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Landsmannschaftliche Unterschiede werden bleiben, im Osten wie im Westen – das macht uns reicher, nicht ärmer.

Meine Bitte an das geistige Deutschland, jetzt gerade im Osten: Verlassen Sie, so Sie sich darin befanden, ihre Türme und Nischen und mischen sich ein. Lassen Sie die jungen Menschen nicht allein. Warten Sie nicht auf den berühmten Ruf, der allzu oft nicht ertönt oder ungehört verhallt. Reden Sie schon gar nicht einer mut- und hoffnungslosen Zukunft, einem »Katastrophenszenario« das Wort.

Jens Reich hat in Erinnerung gerufen, dass jeder junge Mensch nackt anfängt, und er fügt hinzu, allein eine *geistige* Leere könnte für die neue Bundesrepublik Deutschland zur Tragik werden.²⁶ Sorgen Sie, sorgen wir miteinander dafür, dass die geschundenen Havemanns und Sacharows ihren Weg nicht umsonst gegangen sind; dass die guten Impulse der ostdeutschen Bürgerrechtler wachgehalten werden. Sorgen wir nachdrücklich dafür, dass mit dem Selbstwertgefühl der Menschen nicht er-

24 Vgl. dazu *Kurt Biedenkopf*, *Zeitsignale*. Parteienlandschaft im Umbruch, München 1990.

25 Brandt meint die Olympischen Winterspiele, die im Februar 1992 in Albertville in Frankreich ausgetragen wurden. Bei ihnen startete erstmals seit der Vereinigung wieder eine gesamtdeutsche Mannschaft.

26 Jens Reich hatte betont, die materielle Leere sei für junge Menschen nicht tragisch, aber die geistige Leere sei für sie bedrohlich. Vgl. dazu *Jens Reich*, *Rückkehr nach Europa*. Bericht zur neuen Lage der deutschen Nation, München 1991.

neut Schindluder getrieben wird. Selbstbewusstsein trägt man in sich oder nicht. Der Bestätigung von außen bedarf es eigentlich nicht. Es will auch nicht durch eigene Wehleidigkeit geschwächt sein, sondern auf natürliche Weise, ohne Überheblichkeit, Bestätigung finden.

In diesem Sinne rate ich: Lasst Euch nicht alles gefallen. Prangert Schwindel und Schwindler an. Schweigt nicht, wo vermeidbare soziale Not entsteht. Und wo die Handhabung des Rechts den Kontakt mit dem Leben verliert. Lasst es nicht unwidersprochen, wenn ohne Not bürokratische über praktische Vernunft obsiegt.

Weiter: Keiner kann uns daran hindern, wichtigtuerische Wichte der Lächerlichkeit preiszugeben, auf das sie das Weite suchen oder mindestens den Mund halten. Keiner kann uns auch allzu miese Blätter aufzwingen oder erwarten, dass wir jeden Niveaurutsch im Fernsehen mit Beifall begleiten.

Keiner kann uns hindern, auf die Pauke zu hauen und dagegen aufzubegehren, dass Bund und (bisherige) Länder Monat für Monat verstreichen lassen, ohne bündig zu sagen, welche Bundesbehörden und –gerichte ab wann ihren Sitz im Osten haben werden. Was wird mit Leipzig? Was wird wann mit dem Umzug nach Berlin, den der Bundestag beschlossen hat?²⁷ Musste es wirklich sein, dass die Vereinten Nationen, die im nächsten Jahr eine große Konferenz über Menschenrechte in der deutschen Hauptstadt abhalten wollten, wieder ausgeladen wurden?²⁸ Und wie will man erwarten, dass große Wirtschaftsunternehmen mit ihrem Hauptsitz dorthin gehen, woher sie einmal kamen, wenn der Bund nicht anfängt, einigermaßen deutliche Zeichen zu setzen?

Doch das Ja hat vor dem Aber zu stehen! Die Freude darüber, dass uns fremde Gewalt nicht mehr voneinander trennt, verlässt mich nicht. Dies an die Adresse mancher, die nur herummosern, während wir doch

27 Im Einigungsvertrag der beiden deutschen Staaten vom 31. August 1990 war festgelegt worden, dass die Hauptstadt Deutschlands Berlin sei und über die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden werde. Der Bundestag hat dann am 20. Juni 1991 nach kontroversen parlamentarischen und öffentlichen Diskussionen die Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin beschlossen. Die konkrete Umsetzung dieses »Hauptstadtvertrages« dauerte bis 1999, als Bundesregierung und Bundestag ihre Arbeit in Berlin aufnahmen.

28 Außenminister Genscher hatte im September 1991 die geplante Zweite Welt-Menschenrechts-Konferenz nach Berlin eingeladen. Ein halbes Jahr später wurde die Konferenz mit der Erklärung, sie werde für die Bundesrepublik zu teuer, wieder abgesagt. Die Konferenz fand dann im Juni 1993 in Wien statt.

miteinander dafür sorgen sollten, dass die Dinge so gut und so rasch wie möglich vorankommen.

Deutschland, wo es liegt, wie es ist und werden sollte – diese Hoffnung lasse ich mir nicht nehmen, und ich möchte sie gern weitergeben helfen. Dieses Deutschland hat jetzt die Chance, nach all dem Unsäglichen, was es sich selbst und der Welt zugemutet hatte, in eine Normalität zu finden, zu der andere auf ihre Weise auch finden mussten. Nicht eine »Sonderrolle« ist das Thema, sondern gute Nachbarschaft – im Innern und nach außen.